

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzung: Mittwoch, 03.05.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:06 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE bis 18:38 Uhr

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Burim Mehmeti - SPD bis 17:36 Uhr

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten bis 18:31 Uhr

Herr Carsten Lehmann - FDP bis 17:45 Uhr

Frau Anneke vom Hofe - AfD

sachkundige Bürger

Herr Andreas Becker - SPD bis 18:12 Uhr

Herr Wulf Groth - B90/GRÜNE

Herr Leonhard Pelster - SPD

Herr Thomas Röver - Vertreter der Umweltverbände bis 18:49 Uhr

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - Verwaltung

Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600
Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65
Herr Dirk Franke - RefL 0650
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Herr Rainer Mollerus - AbtL 61.1
Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61
Frau Vanessa Bollmann - stv. RefL 0120
Herr Torge Malchau - FBL 37
Frau Ina-Maria Backsmann - FB 61

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

sachkundige Bürger

Herr Godehard Busche - CDU	entschuldigt
Herr Hans-Joachim Jäger - CDU	entschuldigt
Frau Christiane Kraatz - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Thomas Martin - Behindertenbeirat Braunschweig	entschuldigt

Gäste

Herr Friedrich Metje - Seniorenrat Braunschweig	entschuldigt
---	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.01.2023 (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.02.2023 (öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen
 - 4.1 Städtebaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb "Urbanes Quartier Hauptgüterbahnhof" 23-20970
 - 4.2 Entwicklung der Baukosten 23-21154
 - 4.3 GS Ilmenaustraße
Neubau Mensa für den Ganztagsbetrieb 23-21205
 - 4.4 Mündliche Mitteilungen

5	Anträge	
5.1	Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau des Ackerhofportals	23-21219
6	Künftige Sitzordnung in Sitzungen des Ausschusses für Planung und Hochbau	
7	Leitlinien und Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung Verabschiedung Leitlinien und Anpassung der AK-Geschäftsordnung	23-21224
8	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Bahnstadt - Urbanes Quartier Hauptgüterbahnhof", AW 120 Stadtgebiet zwischen Helmstedter Straße, westlich der Wohnbebauung an der Reuterstraße, nordwestlich der aktiven Gleise am Hauptgüterbahnhof, östlich von Siemens und der Wohnbebauung im Quartier Ackerstraße Aufstellungsbeschluss	23-20971
9	Rahmenplanung Am Alten Bahnhof Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss	23-21030
10	161. Änderung des Flächennutzungsplanes "Am Bockelsberg" und Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Am Bockelsberg", TH 25 Stadtgebiet westlich der Straße Am Bockelsberg, nördlich der Ortsgrenze von Wendebrück und östlich des Mittellandkanals Aufstellungsbeschluss	23-20954
11	142. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Feuerwache Westerbergstraße"; Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei Planbeschluss	23-21039
12	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feuerwache Westerbergstraße", RN 46 Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei / Alte Frankfurter Straße (Geltungsbereich A) Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße und Geiteler Holz (Geltungsbereich B) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	23-20977
13	Zustimmung zur Anmietung von Flächen in der Kocherstr. 2, 1. OG für die Unterbringung von Kriegsvertriebenen	23-20912
14	Herrichtung der Büroetage Kocherstr. 2 für Geflüchtete Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-20922
15	RS LebenLernen OKS, Moselstraße 17, 38120 Braunschweig Herstellung einer Fluchttreppe im Außenbereich Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-21089

16	GY Gaußschule, Löwenwall 18A, 38100 Braunschweig Brandschutzertüchtigung Flurtüren Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-21090
17	GS Mascheroder Holz, Baumaßnahme: Unterdeckensanierung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-21091
18	GY MK Abt. Echternstr., Brandschutzmaßnahme: Treppenhausabtrennungen Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-21103
19	GS Lehndorf, Saarplatz 2, 38116 Braunschweig Akustikmaßnahmen in Klassenräumen Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	23-21106
20	Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zum schlüsselfertigen Umbau und Modernisierung der Stadthalle	23-21241
21	Anfragen	
21.1	Zulässigkeit von PV-Anlagen in alten B-Plänen bei Ausschluss von Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO	23-21215
21.1.1	Zulässigkeit von PV-Anlagen in alten B-Plänen bei Ausschluss von Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO	23-21215-01
21.2	Schottergärten: Maßnahmen und Sachstand	23-21189
21.2.1	Schottergärten: Maßnahmen und Sachstand	23-21189-01
21.3	Status energetische Quartierskonzepte	23-21216
21.3.1	Status energetische Quartierskonzepte	23-21216-01
21.4	Alte Quartiersheizwerke	23-21217
21.5	Sanierungs- und Sachstandsmonitor für den Hochbau	23-21218
21.5.1	Sanierungs- und Sachstandsmonitor für den Hochbau	23-21218-01
21.6	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Er begrüßt als Gäste dieser Sitzung zu TOP 7 Frau Vanessa Bollmann (stv. Leiterin des Referats Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung) sowie zu TOP 11 und 12 Herrn Torge Malchau (Leiter des Fachbereichs 37 Feuerwehr). Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die TOPs 11 und 12 vor den Mitteilungen und gemeinsam zu beraten. Darüber hinaus sollen auch die Beschlussvorlage 23-20971 (TOP 8) und die Mitteilung 23-20970 (TOP 4.1) gemeinsam behandelt werden.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn informiert, dass seitens der BIBS-Fraktion kein Mitglied an der Sitzung teilnehmen wird. Die Bürgermitglieder Jäger, Busche und Kraatz sowie Herr Metje und Herr Martin fehlen entschuldigt.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.01.2023 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.02.2023 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | |
|--|----------|
| 11. 142. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Feuerwache Westerbergstraße";
Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei
Planbeschluss | 23-21039 |
| 12. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feuerwache Westerbergstraße", RN 46
Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße, Fuhsekanal und Autobahnmeisterei / Alte Frankfurter Straße (Geltungsbereich A)
Stadtgebiet zwischen Westerbergstraße und Geiteler Holz (Geltungsbereich B)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss | 23-20977 |

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlagen der Verwaltung ein.

Herr Mollerus berichtet zur öffentlichen Auslegung, dass keine (wesentlichen) Stellungnahmen eingegangen sind. Der Plan ist dementsprechend unverändert. Hinsichtlich der Nutzung des benachbarten Grundstücks des Betriebshofes der Autobahn GmbH des Bundes als Notüberfahrt im Havariefall haben erste erfolgversprechende Gespräche stattgefunden. Es soll hierzu eine außerhalb des Planungsrechts getroffene vertragliche Regelung geben.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn informiert Herr Malchau über das von ihm mit den Wehrführungen der Ortsfeuerwehren aus dem südwestlichen Stadtgebiet sowie mit Vertreterinnen und Vertretern des Stadtbezirksrates 222 Südwest am 1. Februar 2023 geführte Gespräch, in dem die Notwendigkeit der Feuerwache Südwest dargelegt wurde. Den Ortsfeuerwehren wurde verdeutlicht, dass die neue Feuerwache nicht die Ortsfeuerwehren ersetzt. Im Ergebnis

nis wurden die Bedenken gegen die Feuerwache Südwest zurückgestellt.

Ausschussvorsitzender Kühn lässt zunächst über die Beschlussvorlage 23-21039 und hier-nach über die Beschlussvorlage 23-20977 abstimmen.

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-21039:

1. „Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3 und 4 zu behandeln.“
2. Für das oben bezeichnete Stadtgebiet wird die 142. Änderung des Flächennutzungs-plans der Stadt Braunschweig mit der dazu gehörigen Begründung mit Umweltbericht in der anliegenden Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-21039 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-20977:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6, 7 und 8 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Feuerwache Westerbergstraße“, RN 46, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung be-schlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-20977 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Mitteilungen

4.2. Entwicklung der Baukosten

23-21154

Stadtrat Herlitschke erläutert die Mitteilung.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. GS Ilmenaustraße

23-21205

Neubau Mensa für den Ganztagsbetrieb

Herr Franke erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Mündliche Mitteilungen

4.4.1

Herr Franke informiert unter Bezugnahme auf die Behandlung der Beschlussvorlage 23-20347 in der Sitzung dieses Ausschusses am 1. Februar 2023 über die von der Verwaltung geschaffene Möglichkeit, nach Inbetriebnahme der neuen Sporthalle an der alten in Teilen abgerissenen Turnhalle eine Kletterwand einzurichten.

4.4.2

Unter Bezugnahme auf eine von Ratsherr Volkmann in der APH-Sitzung am 1. Februar 2023 gestellte Nachfrage zum Sachstand des Bauvorhabens Real-Marktes Berliner Straße informiert Herr Kühl über die am 27.04.2023 für den teilweisen Umbau des Marktes erteilte Baugenehmigung. Der bestehende Markt soll nun grundlegend modernisiert und in Teilbereichen umgebaut werden. Neben diesem Bauantrag ist ein weiterer Bauantrag für die Fachmarktfäche und die Ausplanung für Konzessionäre geplant.

5. Anträge

5.1. Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau des Ackerhofportals 23-21219

Ratsfrau Mundlos bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Ratsfrau Jalyschko stellt in ihrem Redebeitrag für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN klar, dass grundsätzlich Sympathien für den Wiederaufbau des Ackerhof-Portals bestehen. Allerdings wurden seitens ihrer Fraktion im Hinblick auf die allgemeine Haushaltssituation zu keinem Zeitpunkt Zusagen für eine Finanzierung einer Machbarkeitsstudie aus öffentlichen Mitteln gemacht. Sie spricht sich dafür aus, zunächst das experimentelle Modellprojekt zur Quartiersentwicklung Magniviertel hinsichtlich eines sinnvollen Standortes für das Portal abzuwarten. Den Antrag 23-21219 wird die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN aus diesem Grunde ablehnen.

Ratsherr Mehmeti erklärt für die SPD-Fraktion, dass ebenfalls keine Zusagen für die Finanzierung einer „Liebhaberei“ aus öffentlichen Mitteln gegeben wurde. Das Anliegen und der historische Wert des Portals werden jedoch nachvollzogen. Die im Antrag genannten drei Standorte sieht Ratsherr Mehmeti aus unterschiedlichen Gründen kritisch. Er sensibilisiert, Portale im historischen Kontext zu betrachten, da diese keine Öffnungen waren, sondern Tore, die abgeschottet haben.

Nach Auffassung von Ratsfrau Mundlos ist die Standortfrage in der Machbarkeitsstudie zu klären. Möglicherweise kommt die Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis, das Portal an einem anderen als den drei vorgeschlagenen Standorten zu errichten. Hinsichtlich der Finanzierung berichtet sie über die Bereitschaft von Braunschweiger Stiftungen, Initiativen und Privatleuten, eine entsprechende Machbarkeitsstudie zu finanzieren, sodass diese nicht aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren ist. Ratsfrau Mundlos schlägt vor, den Antrag um einen Gremienlauf zurückzustellen, damit Gespräche mit möglichen Sponsoren geführt werden können.

Ratsfrau Kluth empfiehlt, die Erfahrungen aus dem experimentellen Modellprojekt im Magniviertel einzubeziehen.

Ratsfrau Mundlos erklärt sich bereit, den Antrag um einen weiteren Gremienlauf bis zur ersten Sitzung dieses Ausschusses nach der Sommerpause am 6. September 2023 zurückzustellen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko berichtet Stadtbaurat Leuer, dass der Verwaltung zurzeit keine belastbaren Informationen über private Finanzierungszusagen für eine Machbarkeitsstudie vorliegen. Zum Modellprojekt Magniviertel verweist er auf das in der Erarbeitung befindliche Erschließungskonzept für das gesamte Quartier, um Verkehre zu reduzieren. Im Öffentlichen Raum soll zudem durch eine stärkere Begrünung eine stadtgestalterische Aufwertung erreicht werden.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzendem Ratsherr Kühn erklärt Ratsfrau Mundlos, dass die Gespräche hinsichtlich einer Finanzierung sinnvollerweise durch die Verwaltung erfolgen sollen. Sofern dies nicht möglich ist, kann dies auch seitens der CDU-Fraktion erfolgen.

Ratsfrau Jalyschko stellt klar, dass kein politischer Beschluss zur Durchführung oder Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau des Ackerhofportals vorliegt. Insofern kann der Verwaltung aus ihrer Sicht kein Auftrag erteilt werden, Finanzmittel einzuwerben.

Ratsherr Mehmeti stimmt der Auffassung von Ratsfrau Jalyschko zu. Die an einer Finanzierung Interessierten sollten aktiv erklären, der Verwaltung Mittel für eine Machbarkeitsstudie bereitzustellen.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über den Antrag auf Zurückstellen abstimmen.

Beschluss:

~~Die Verwaltung wird gebeten, eine Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau des Ackerhofparks durchzuführen beziehungsweise in Auftrag zu geben. Dabei sind die drei möglichen Standorte Ackerhof, Kurt-Seeleke-Platz/Am Magnitor und Herzogin-Anna-Amalia-Platz zu prüfen sowie ein Kostenrahmen für die Errichtung zu ermitteln. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Planung und Hochbau in einer seiner nächsten Sitzungen vorzustellen.~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Künftige Sitzordnung in Sitzungen des Ausschusses für Planung und Hochbau

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn erinnert an die im Zusammenhang mit den Corona-Schutzmaßnahmen vorgesehenen Abstandsvorschriften, die noch durch die aktuelle Sitzordnung in diesem Ausschuss abgebildet werden.

Er verweist auf die zwischenzeitlich ausgelaufenen Corona-Schutzmaßnahmen und stellt zur Debatte, ob dieser Ausschuss zur früheren Sitzordnung im sog. „Karree“ zurückkehrt.

Ergebnis:

Die Ausschussmitglieder sprechen sich mehrheitlich für eine Sitzordnung im Karree aus.

7. Leitlinien und Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung | Verabschiedung Leitlinien und Anpassung der AK-Geschäftsordnung

23-21224

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes verlässt um 15:51 Uhr die Sitzung.

Frau Bollmann führt in die Vorlage ein.

Ratsfrau Jalyschko hebt die Bedeutung der Bürgerbeteiligung für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN hervor. Zu ihrer Nachfrage zur Bereitstellung personeller Ressourcen legt Frau Bollmann dar, dass für die Durchführung von Bürgerbeteiligungen grundsätzlich Ressourcen benötigt werden. Von der Verwaltung kann neben den bereits wahrgenommenen Beteiligungen unterschiedlicher Art keine hohe Zahl weiterer Beteiligungsformate initiiert werden. Dabei gilt es, die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen für die bereits von der Verwaltung wahrgenommenen Bürgerbeteiligungen und die noch zu initierenden Bürgerbeteiligungsformate zu berücksichtigen, damit die Verwaltung gute Bürgerbeteiligungsformate umsetzen kann.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes nimmt ab 15:57 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Tegethoff verweist auf die vorangegangene Beratung im Arbeitskreis, bei der zwei unterschiedliche Perspektiven der Bürgerbeteiligung festzustellen waren. Nach der Geschäftsordnung ist es das Ziel des Arbeitskreises, Leitlinien und ein Grundsatzkonzept zu entwickeln, welches Beteiligung und Mitsprache von Einwohnerinnen und Einwohnern an Projekten der Stadt Braunschweig regelt und damit nur die Perspektive der Verwaltung behandelt. Es sollte aus seiner Sicht jedoch auch die Perspektive der Einwohnerinnen und Einwohner hinreichend berücksichtigt und die Ziele des Arbeitskreises um diesen Aspekt entsprechend ergänzt werden, um die Menschen stärker einzubinden. Er kündigt aus diesem

Gründe für die Abstimmung über die Vorlage an, sich zu enthalten.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn unterbricht die Sitzung für eine Sitzungspause von 16:05 Uhr bis 16:22 Uhr.

Ratsherr Tegethoff stellt aufgrund des aus seiner Sicht noch vorhandenen Abstimmungsbedarfs den Antrag, die Beschlussvorlage passieren zu lassen.

Ratsfrau Mundlos bittet darum, in der Präambel einen kurzen Hinweis zur Verdeutlichung zu ergänzen, dass Bürgerbeteiligungsverfahren die Entscheidungsfindung ergänzen, die Verantwortung für eine Entscheidung über Projekte jedoch nach Kommunalverfassungsrecht den gewählten politischen Vertreterinnen und Vertretern in den Ratsgremien obliegt. Dadurch sollen falsche Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger vermieden werden.

Ratsfrau vom Hofe teilt die vorgetragene Kritik an einer unzureichenden Aussage zum Grad der Beteiligung nicht. An verschiedenen Stellen wird dargelegt, dass die abschließende Entscheidung den gewählten Vertreterinnen und Vertretern zufällt und welche Beteiligungsmöglichkeiten die Bürgerinnen und Bürger haben. Eine deutlichere Formulierung könnte auf interessierte Personen eine negative Wirkung entfalten.

Ratsherr Tegethoff erklärt zur Anregung von Ratsfrau Mundlos, dass die Leitlinien im Arbeitskreis abgestimmt wurden. Insofern schlägt er vor, diese im weiteren Verfahren für die Erarbeitung des Grundsatzkonzeptes zu berücksichtigen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes verlässt um 16:30 Uhr die Sitzung.

Aus Sicht von Ratsherr Mehmeti sollte im Vorfeld jedes Beteiligungsverfahrens den Teilnehmenden vermittelt werden, dass die abschließende Entscheidung den politischen Gremien vorbehalten ist. Konkrete Änderungen an Formulierungen sollten ggf. in einem Änderungsantrag vorgebracht werden. Der vorliegenden Beschlussvorlage erklärt er seine Zustimmung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes nimmt ab 16:32 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Mundlos erklärt für die CDU-Fraktion, der Beschlussvorlage in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Herr Mollerus unterstreicht für das Beteiligungsverfahren die Bedeutung von Transparenz und einer deutlichen Aussage an die Öffentlichkeit, in welchem Grad die Beteiligungsmöglichkeit besteht. Diese Frage wurde bereits im Arbeitskreis diskutiert, aktuell aber noch nicht in die Leitlinien aufgenommen. Nach seiner Kenntnis besteht ein breiter Konsens, dass der Grad der Beteiligung im Grundsatzprogramm zu definieren ist. Die Verwaltung hat hierzu das zwingende Erfordernis verdeutlicht, um mögliche Enttäuschungssituationen bei den Teilnehmenden zu vermeiden.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt zunächst über den Antrag auf passieren lassen abstimmen. Nach der Feststellung, dass dieser abgelehnt wird, lässt der Ausschussvorsitzende über die Beschlussvorlage 23-21224 abstimmen.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 1 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-21224:

1. Die vom Arbeitskreis Bürgerbeteiligung erarbeiteten Leitlinien (Anlage 1) werden beschlossen.
2. Die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung wird in beigefügter Fassung (Anlage 2) beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-21224 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

8. **Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Bahnstadt - Urbanes Quartier Hauptgüterbahnhof", AW 120** 23-20971
Stadtgebiet zwischen Helmstedter Straße, westlich der Wohnbebauung an der Reuterstraße, nordwestlich der aktiven Gleise am Hauptgüterbahnhof, östlich von Siemens und der Wohnbebauung im Quartier Ackerstraße
Aufstellungsbeschluss
4.1. Städtebaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb "Urbanes Quartier Hauptgüterbahnhof" 23-20970

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 16:40 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Beschlussvorlage 23-20971 ein und erläutert die Mitteilung 23-20970.

Ratsfrau Kluth dankt der Verwaltung für ein transparentes Wettbewerbsverfahren.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 16:43 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Stadtbaudirektor Leuer, dass eine Zeitschiene für das weitere Verfahren noch nicht benannt werden kann, da noch weitere Gespräche mit Grundstückseigentümern geführt werden müssen und der heutige Aufstellungsbeschluss erst den Start des Bebauungsplanverfahrens darstellt. Die Verwaltung wird jedoch bei Konkretisierung des Verfahrens berichten. Er versichert, dass die bereits im Wettbewerb diskutierten Problemlagen Gegenstand der weiteren Planung sein werden. Dies gilt auch für ein Gebäude im Bereich der Anbindung des Gebietes an die Ackerstraße.

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-20971:

„Für das im Betreff genannte und in der Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Bahnstadt - Urbanes Quartier Hauptgüterbahnhof“, AW 120 beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-20971 (Empfehlung an den VA):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis zu Mitteilung 23-20970:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

9. **Rahmenplanung Am Alten Bahnhof** 23-21030
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Vorlage.

Ratsfrau Mundlos erklärt für die CDU-Fraktion, die Rahmenplanung nicht grundsätzlich abzulehnen, da eine Aufwertung des Gebietes aus ihrer Sicht sinnvoll ist. Sie beantragt, die Vorlage passieren zu lassen und begründet dies mit der Unsicherheit der Grundstücks-eigentümerinnen und Grundstückseigentümer u.a. hinsichtlich einer Behinderung der Investitionstätigkeiten oder Abwertung des Immobilienbestandes, die es bis zur Ratssitzung durch die Verwaltung noch zu klären gilt.

Stadtbaudirektor Leuer führt aus, dass Investitionen durch die Vorkaufsrechtssatzung nicht behindert werden sollen und zeigt sich zuversichtlich, dass im Ergebnis eine Aufwertung des Gebietes erfolgt. Hinsichtlich der Frage von Ratsfrau Mundlos zur Vorkaufsrechtssatzung informiert Stadtbaudirektor Leuer, dass diese bis zu dem Zeitpunkt besteht, in dem sie durch einen entsprechenden Ratsbeschluss zurückgenommen wird. Für die 19. KW kündigt Stadt-

baurat Leuer weitere Gespräche der Verwaltung mit verschiedenen Grundstückseigentümern zu den Planungen an, um einen Konsens zu finden.

Ratsherr Mehmeti erklärt für die SPD-Fraktion, die von Ratsfrau Mundlos vorgetragenen Sorgen nicht unbedingt teilen zu können. Dem Antrag auf passieren lassen stimmt er zu, kündigt jedoch für die Ratssitzung bereits die Zustimmung zur Beschlussvorlage an.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt für die Fraktion Bündnis/DIE GRÜNEN den Erlass einer Vorkaufsrechtssatzung ausdrücklich, da nach ihrer Auffassung das gesamte Gebiet und das angrenzende Wohnquartier des Westlichen Ringgebiets hierdurch eine Aufwertung erfährt. Der Satzungsbeschluss ist zur Realisierung der Pläne unabdingbar. Die Bedenken, der Satzungsbeschluss führt zu einer Verunsicherung der Grundstückseigentümer, hält sie für nachvollziehbar, jedoch unbegründet. Ratsfrau Jalyschko kündigt ihre Zustimmung zur Vorlage für die Ratssitzung an.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn informiert Stadtbaurat Leuer, dass der Rahmenplan Grundlage des Bebauungsplans wird. Im Bebauungsplanverfahren wird die Verwaltung die Überlegungen zur sozialen wie auch öffentlichen Infrastruktur betrachten. Er macht deutlich, dass sich die Verhandlung des städtebaulichen Vertrages aufgrund der verschiedenen Grundstückseigentümer schwieriger gestalten wird, als dies bei einem Investor der Fall wäre. Die spätere (soziale) Infrastruktur ist abhängig vom Umfang der künftigen Wohnungsstruktur in diesem Quartier und wird Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens sein.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über den Antrag auf passieren lassen abstimmen.

Beschluss:

"Für das in der Anlage 2b dargestellte Stadtgebiet wird eine Satzung über ein besonderes Verkaufsrecht für Grundstücke gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen."

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. 161. Änderung des Flächennutzungsplanes "Am Bockelsberg" und Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Am Bockelsberg", TH 25
Stadtgebiet westlich der Straße Am Bockelsberg, nördlich der
Ortsgrenze von Wendebrück und östlich des Mittellandkanals
Aufstellungsbeschluss 23-20954

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Ratsfrau Jalyschko erklärt, das Anliegen grundsätzlich nachvollziehen zu können und spricht sich für eine Unterstützung aus, etablierte, traditionsreiche Braunschweiger Unternehmen am hiesigen Standort zu halten. Sie bittet die Verwaltung jedoch um Erläuterung, ob unter Berücksichtigung der Ziele des Braunschweiger Baulandmodells Gewerbe auch die Standards und Prüfprozesse u.a. in Bezug auf Nachhaltigkeit und Flächenverbrauch geprüft wurden oder dies im weiteren Verfahren noch möglich ist.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass die genannten Aspekte im vorliegenden Aufstellungsbeschluss noch nicht berücksichtigt wurden. Er versichert jedoch, die im Baulandmodell Gewerbe genannten Ziele gegenüber dem Unternehmen zu thematisieren, naturschutz- und artenschutzrechtliche Belange im Verfahren zu prüfen und die Ergebnisse im Auslegungsbeschluss gegenüber den Gremien zu erläutern.

Ratsfrau Mundlos erklärt, dass das Unternehmen nach ihrer Kenntnis bei allen bisherigen Firmenerweiterungen dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und auch dem Anspruch an viel

Grün auf dem Firmengelände eine große Bedeutung beigemessen hat.

Ratsfrau Jalyschko bittet für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN um Aufnahme einer Protokollnotiz, um zum Zeitpunkt des Auslegungsbeschlusses eine hinreichende Berücksichtigung der Punkte bewerten zu können.

Ratsherr Mehmeti begrüßt für die SPD-Fraktion die Vorlage ausdrücklich, da sie einer in Braunschweig ansässigen Firma mit längerer Tradition die Möglichkeit bietet, sich im Stadtgebiet zu erweitern und Arbeitsplätze zu schaffen. Er regt an, diesem Ausschuss - in Abstimmung mit dem Unternehmen - die Möglichkeit zu geben, das Vorhaben zu besichtigen.

Protokollnotiz der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN:

„Die Prozessschritte aus dem Baulandmodell Gewerbe sollen mit geprüft werden. Insbesondere gilt diese Prüfung in Bezug auf die Kernpunkte Nachhaltigkeit, Flächenverbrauch, Begrünung, soziale Aspekte, Ausgestaltung der Arbeitsplätze, Arbeitsplatzdichte und Photovoltaik.“

Beschluss:

„Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die 161. Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Bockelsberg“ sowie die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Am Bockelsberg“, TH 25, beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-20954 (Empfehlung an den VA):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Zustimmung zur Anmietung von Flächen in der Kocherstr. 2, 1. 23-20912
OG
für die Unterbringung von Kriegsvertriebenen

Ratsherr Tegethoff kritisiert, dass diese Vorlage erstmalig und abschließend in diesem Ausschuss behandelt wird. Eine angemessene sozialpolitische Beratung hat im Vorfeld zu dieser

Beschlussvorlage nicht stattgefunden. Er stellt den Antrag zur Geschlussvorlage zurückzustellen und beispielsweise den Ausschuss

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:29 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Herlitschke informiert über eine intensive verwaltungsinterne Abstimmung der Vorlage mit der Sozialverwaltung und verweist auf das Konzept zur dezentralen Unterbringung, das eine möglichst gleichmäßige Verteilung über das Stadtgebiet vorsieht. Aus seiner Sicht ist der Standort Kocherstraße eine stringente Fortführung des Konzeptes, da im weiteren Umfeld kein weiterer Standort besteht. Alternative zu diesem Standort wäre eine Unterbringung zum Beispiel in Leichtbauhallen oder noch zu errichtenden Unterkünften an anderer Stelle. In Anbetracht des für die Verwaltung bestehenden Drucks, zeitnah Unterbringungsmöglichkeiten schaffen zu müssen, erachtet Stadtrat Herlitschke eine Verschiebung der Entscheidung nicht für ratsam. Die Zuweisungsquoten lassen erwarten, dass die Verwaltung möglichst bald Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen muss. Er wirbt deshalb für eine Zustimmung zur Vorlage, damit die Verwaltung in die Lage versetzt wird, handeln zu können.

Ratsherr Mehmeti vollzieht Notwendigkeit und Dringlichkeit der Flächenanmietung nach. Die Lage des Standortes in einem Gewerbegebiet bezeichnet er hingegen als nicht optimal und bittet, diesen Faktor bei künftigen Fällen hinreichend mit zu betrachten.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:33 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes verlässt um 17:33 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Herlitschke teilt die von Ratsherr Mehmeti vorgetragenen Bedenken, versichert aber auch, dass die Verwaltung intensiv nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht hat. Die Verfügbarkeit adäquater Mietobjekte und die rechtlichen Möglichkeiten, Wohnstandorte zu errichten, stellen für die Verwaltung jedoch eine Erschwernis dar.

Bürgermitglied Becker fragt nach der Option, das ehemalige Kreiswehrersatzamt (KWEA) als Wohnstandort herzurichten.

Stadtrat Herlitschke verneint dies und erinnert daran, dass der Standort KWEA bereits 2015/16 von der Verwaltung geprüft wurde. Aufgrund des baulichen Zustands des Gebäudes und der sich daraus ergebenden kosten- und zeitintensiven Sanierung wurde davon Abstand genommen. Aktuell ist das Gebäude nach Kenntnis von Stadtrat Herlitschke nicht mehr verfügbar.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt zunächst über den Antrag auf Zurückstellen abstimmen.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 17:36 Uhr die Sitzung.

Nachdem der Ausschussvorsitzende die Ablehnung des Antrags auf Zurückstellen festgestellt hat, lässt er über die Vorlage 23-20912 abstimmen.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 1 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-20912:

Der Anmietung von Flächen in der Kocherstraße 2, 1. OG für die Unterbringung von Kriegsvertriebenen für einen festen Zeitraum von 3 Jahren, mit der Option zweimal um 2 Jahre zu verlängern, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-20912:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**14. Herrichtung der Büroetage Kocherstr. 2 für Geflüchtete
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

23-20922

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes nimmt ab 17:37 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Knurr fragt unter Bezugnahme auf das Klimaschutzkonzept 2.0, weshalb bei dieser Maßnahme keine Techniken für regenerative Energien vorgesehen werden.

Stadtrat Herlitschke verweist auf die vorgesehene Anmietung von Flächen und den Umbau im Inneren des Gebäudes. Die nachgefragten Maßnahmen werden von der Verwaltung nicht an fremden Gebäuden auf städtische Kosten vorgenommen.

Beschluss:

„Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 22.03.2023 zugestimmt.

Die Gesamtkosten einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes werden aufgrund der Kostenberechnung vom 22.03.2023 auf 670.000 € (Herrichtungskosten: 495.000 €, Rückbaukosten: 175.000 €) festgestellt.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung zur Anmietentscheidungsvorlage für die Flächen in der Kocherstraße 2.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

- 15. RS LebenLernen OKS, Moselstraße 17, 38120 Braunschweig
Herstellung einer Fluchttreppe im Außenbereich
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

23-21089

Herr Eckermann erläutert die Beschlussvorlage.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn bestätigt Herr Eckermann, dass die Mittel aus dem Sammelprojekt des FB 20 entnommen werden, das ausreichend finanziert ist.

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 24.01.2022 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 03.02.2023 auf 320.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 16. GY Gaußschule, Löwenwall 18A, 38100 Braunschweig
Brandschutzerhöhung Flurtüren
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

23-21090

Herr Eckermann erläutert die Beschlussvorlage und korrigiert die unter Ziffer 9 angeführte Aussage zur Finanzierung der Maßnahme. Wie bei den anderen in der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegten Brandschutzmaßnahmen wird auch diese aus dem Brandschutzbudget 4S.210051 finanziert. Die Mittel stehen auskömmlich zur Verfügung.

Zur Nachfrage von Ratsherr Kühn zur Gesamtzahl der auszutauschenden Türen sagt Herr Eckermann eine Beantwortung als Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz:

- *Stahlrahmentüren als Flur- und Treppenhausabtrennung
Einbau im Erdgeschoss bis 4. Obergeschoss
2 Stück RS-Türen (rauchdicht und selbstschließend), Einzelgrößen bis 4,0 qm
11 Stück T30-RS-Türen (feuerhemmend, rauchdicht und selbstschließend),
Einzelgröße bis 10,0 qm
4 Stück T90-RS-Türen (feuerbeständig, rauchdicht und selbstschließend)
Einzelgröße von 6,5 bis 16,5 qm*
- *Holztüren als Raumabschlusstüren
Einbau im Erdgeschoss bis 4. Obergeschoss
9 Stück RS-Türen (rauchdicht und selbstschließend)
22 Stück T30-RS-Türen (feuerhemmend, rauchdicht und selbstschließend)*

Hinzu kommen 46 Stück Holztüren, die eine Ertüchtigung als dichtschließende Tür erhalten und 2 Stück Holztüren, die innerhalb des Gebäudes versetzt werden.

Gesamtanzahl: 96 Stück Türen

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 13.10.2022 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 20.01.2023 auf 550.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 17. GS Mascheroder Holz, Baumaßnahme: Unterdeckensanierung
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

23-21091

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth verlässt um 17:52 Uhr die Sitzung.

Herr Eckermann erläutert die Beschlussvorlage.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth nimmt ab 17:55 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 30.03.2023 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 30.03.2023 auf 500.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 18. GY MK Abt. Echternstr., Brandschutzmaßnahme: Treppenhaus-
abtrennungen
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

23-21103

Herr Eckermann erläutert die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 21.09.2021 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 30.03.2023 auf 330.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 19. GS Lehndorf, Saarplatz 2, 38116 Braunschweig
Akustikmaßnahmen in Klassenräumen
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

23-21106

Herr Eckermann erläutert die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 16.03.2023 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 30.03.2023 auf 400.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

20. Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zum schlüsselfertigen Umbau und Modernisierung der Stadthalle

23-21241

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage ein.

Ratsfrau Mundlos bittet die Verwaltung um regelmäßige Berichterstattung in diesem Ausschuss.

Stadtrat Herlitschke sagt eine halbjährliche Information zu und kündigt auch einen Besichtigstermin der Baumaßnahme an. Darüber hinaus soll auch im Internet über den Baufortschritt berichtet werden.

Zur Nachfrage von Ratsherr Volkmann zu den Geschäftsbesorgungsmitteln informiert Stadtrat Herlitschke, dass diese auf Grundlage einer Kostenkalkulation der Strukturförderung Braunschweig GmbH (SFB) zwischen der SFB und der Verwaltung ausgehandelt wurden.

Aus Sicht von Ratsfrau Jalyschko war die Schaffung einer eigenständigen Hochbausparte innerhalb der SFB sowie die Besetzung der Geschäftsführung eine sehr gute Entscheidung. Zu Ihrer Nachfrage hinsichtlich der Tektur zur Baugenehmigung erläutert Stadtrat Herlitschke, dass die Zusage zur Verlängerung der vorhandenen Baugenehmigung vorliegt. Es bestehen im Weiteren aus unterschiedlichen Gründen jedoch einige Anpassungsnotwendigkeiten, die eine Überarbeitung der Pläne erfordern. Die Überarbeitung ist der Baugenehmigungsbehörde erneut vorzulegen.

Beschluss:

- I. Dem als Anlage 1 beigefügten Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt und der Strukturförderung Braunschweig GmbH (SFB) zum schlüsselfertigen Umbau und zur Modernisierung der Stadthalle Braunschweig mit einem Kostenvolumen von 140 Mio. EUR netto wird vorbehaltlich der Finanzierungsmöglichkeiten der Stadt (Beschlusspunkt II.) zugestimmt.
- II. In den Haushalt 2023 ff. sind bereits 63 Mio. € netto für die Projektrealisierung und Geschäftsbesorgung unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Genehmigung eingeplant worden. Die noch fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 77 Mio. € werden unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Genehmigungen in den Haushalt 2025 ff. eingebracht (Vorfestlegung des Rates zum Haushalt 2025 ff). Mögliche Kostenanpassungen können sich im Rahmen der Vorlage der Kostenberechnungen und aufgrund der Anpassung der vertraglichen Regelungen ergeben.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

21. Anfragen

21.1. Zulässigkeit von PV-Anlagen in alten B-Plänen bei Ausschluss von Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO

23-21215

21.1.1. Zulässigkeit von PV-Anlagen in alten B-Plänen bei Ausschluss von Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO

23-21215-01

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann verlässt um 18:18 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn bringt die Anfrage 23-21215 der SPD-Fraktion ein.

Herr Kühl beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 23-21215-01.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann nimmt ab 18:20 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau von Gronefeld bittet die Verwaltung ergänzende um Aussage zur Anwendung der EU-Notfall-Verordnung für Photovoltaikanlagen, die eine Genehmigung im Falle einer Untä-

tigkeit der Behörde „fingiert“.

Protokollnotiz: Eine Beantwortung dieser Nachfrage erfolgt im Rahmen der Stellungnahme 23-21545-01.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21215-01 wird zur Kenntnis genommen.

21.2. Schottergärten: Maßnahmen und Sachstand

23-21189

21.2.1. Schottergärten: Maßnahmen und Sachstand

23-21189-01

Herr Kühl beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 23-21189-01.

Auf Nachfrage von Ratsherr Volkmann bestätigt Herr Kühl, dass Hinweise sowohl durch die Bevölkerung und Baukontrolleure der Bauverwaltung als auch durch die vergleichende Auswertung von Luftbildern im städtischen Geoportal FRISBI erfolgen.

Herr Schmidbauer informiert auf Nachfrage von Ratsherr Kühn, dass für dieses Jahr eine Befliegung des gesamten Stadtgebietes zur Erstellung aktueller Luftbilder vorgesehen war. Die herrschenden Wetterverhältnisse haben dies jedoch erschwert. Durch die fortschreitende Begrünung der Bäume wird eine Befliegung ggf. in das kommende Jahr verschoben.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21189-01 wird zur Kenntnis genommen.

21.3. Status energetische Quartierskonzepte

23-21216

21.3.1. Status energetische Quartierskonzepte

23-21216-01

Ratsherr Kühn bringt die Anfrage 23-21216 der SPD-Fraktion ein.

Herr Schmidbauer beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 23-21216-01.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko verlässt um 18:38 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth bestätigt Herr Schmidbauer, dass auch dicht besiedelte Quartiere wie Östliches und Westliches Ringgebiet) von der Verwaltung in die Überlegungen einbezogen werden. Er hebt hervor, dass die Unterstützung von großen Partnern eine Umsetzung erleichtert. Die Kommunale Wärmeplanung wird zudem die größten Einsparpotenziale aufzeigen.

Stadtrat Herlitschke ergänzt, dass die Kommunale Wärmeplanung federführend durch die Umweltverwaltung in Zusammenarbeit mit den örtlichen Akteuren schon intensiv bearbeitet und im Rahmen der gesetzlichen Fristen (Hinweis: aktuell spätestens bis 2026) vorgelegt wird.

Zur Nachfrage von Ratsherr Kühn zur Berücksichtigung der Ortsteile bei den energetischen Quartierskonzepten erläutert Herr Schmidbauer, dass diese in die Betrachtung einbezogen werden, da einzelne Siedlungsstrukturen für eine energetische Sanierung gut geeignet erscheinen. Er gibt jedoch den Hinweis auf die innerhalb der Kernstadt vorhandenen Gebiete mit dem größeren Potenzial.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21216-01 wird zur Kenntnis genommen.

21.4. Alte Quartiersheizwerke

23-21217

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 18:45 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Herlitschke informiert, dass die Stellungnahme zur Anfrage 23-21217 aufgrund von

Abstimmungsbedarf mit dem Energieversorgungsunternehmen BS|Energy noch nicht zur Sitzung vorliegt und von der Verwaltung nachgereicht wird.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21217-01 wird im Nachgang der Sitzung als Mitteilung außerhalb von Sitzungen bekanntgegeben.

21.5. Sanierungs- und Sachstandsmonitor für den Hochbau 23-21218

21.5.1. Sanierungs- und Sachstandsmonitor für den Hochbau 23-21218-01

Stadtrat Herlitschke beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 23-21218-01.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 18:47 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21218-01 wird zur Kenntnis genommen.

21.6. Mündliche Anfragen

21.6.1

Auf Nachfrage von Ratsfrau von Gronefeld zum Sachstand des Bebauungsplanverfahrens Jütenring und dem in diesem Kontext vorgetragenen Wunsch nach mehr Grünfläche und weniger Versiegelung informiert Herr Schmidbauer, dass die Grünflächen nach Möglichkeit vergrößert werden sollen. In Teilen wurde die Bebauung gegenüber einem vorherigen Entwurfsstand noch einmal zurückgenommen und die Baukörper gestrafft. Erste Überlegungen zum Aspekt Schwammstadt bestehen seitens der Verwaltung. Die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) soll noch vor den Sommerferien durchgeführt werden.

Ratsfrau Mundlos bittet die Verwaltung um eine Erläuterung der Formulierung „Bebauung zurückgenommen“.

Protokollnotiz: *Im derzeitig aktuellen Planungsstand wurde ein zentral befindliches Baufeld für eine Stadtvilla zugunsten einer Grünfläche zurückgenommen. Zudem wurde zwischen der nördlich angrenzenden Bestandsbebauung des 1. Bauabschnitts und der nun in Planung befindlichen südlich angrenzenden Bebauung im Bereich der Straße Am Nordanger ein Baumstreifen mit Regenrückhaltefunktion eingefügt, so dass der Abstand zur Bestandsbebauung vergrößert werden konnte. So wird der grüne Charakter des Quartiers weiter gestärkt.*

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 19:05 Uhr.

gez. Kühn
Kühn
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -